

# KLIB

# Kommunalpolitisch Liberale Information Bayern

[www.vlk-bayern.de](http://www.vlk-bayern.de)

## Ladenschluss freigegeben

Martin Zeil, MdB, stellt Gesetzesentwurf vor

## Thomas-Dehler-Nadel

Ehrung für Kurt Sieber und Wolf-Dietrich Großer

## Fürth trauert um Kurt Scherzer

Altobürgermeister der FDP mit 86 Jahren verstorben

### Freiheit für Sparkassen

VLK-Mitglieder fordern  
gesetzliche Änderung

### Gemeinde contra Fischereiverband

Horst Meierhofer, MdB,  
zum Fischereigesetz

### E-Government braucht Verwaltungsinformatik

Die Gesellschaft für Infor-  
matik fordert mehr Einsatz



## Inhaltsverzeichnis

### Themen

- 03** Mehr Freiheit wagen
- 04** Mitgliederversammlung befreit die Sparkassen
- 05** Immobilien und Kommune
- 06** Ladenschluss in Bayern freigeben
- 07** Highlights aus dem Gesetzentwurf
- 08** Breitbandzugang/DSL in Bernried
- 09** Steuerliche Gleichbehandlung aller Abwasserentsorger
- 10** Fürth trauert um Kurt Scherzer
- 11** Fürther FDP und VLK gedenkt einem großen Liberalen
- 12** Mehr Transparenz in kommunalen Firmen
- 13** Sanierungsfall Hartz IV
- 13** Theo Zellner stinksauer
- 14** Kein erfolgreiches E-Government ohne Verwaltungsinformatik
- 15** Gemeinde contra Fischereiverband

### Rubriken

- 02** Inhaltsverzeichnis, Impressum
- 16** Geburtstage
- 16** Mitglied werden bei der VLK
- 16** das rathaus

### Impressum

VEREINIGUNG LIBERALER KOMMUNALPOLITIKER (VLK)  
in Bayern e.V.  
Rindermarkt 6, 80331 München  
Vorsitzender: Ulrich Bode, Am Hirthaus 3, 82239 Alling  
Geschäftsführerin: Petra Ledig

Tel.: 089/12 60 09-14  
Fax: 089/12 60 09-30  
E-Mail: [info@vlk-bayern.de](mailto:info@vlk-bayern.de)  
WWW: [www.vlk-bayern.de](http://www.vlk-bayern.de)

Sparkasse Fürstenfeldbruck  
Konto 810 99 28, BLZ 700 530 70

Einzelpreis 2,20 Euro.  
Für Mitglieder der VLK unentgeltlich.

### Bildnachweis

Titelbild und Foto oben: Adobe

### Beilage

Verleihung der Thomas-Dehler-Nadel an  
Kurt Sieber

Verleihung der Thomas-Dehler-Nadel an  
Wolf-Dietrich Großer

## Mehr Freiheit wagen

Was Sparkassen und der Ladenschluss gemeinsam haben.

Liebe VLK-Mitglieder,

sollen die Kommunen mehr Entscheidungsfreiheit über die Sparkassen bekommen? Oder zerstört fehlende Ordnung ein leistungsfähiges Instrument? Diese Frage wurde auf der gut besuchten Mitgliederversammlung intensiv diskutiert. Am Ende stand eine große Mehrheit für die völlige Entscheidungsfreiheit.

Wer Freiheit bekommt, muss auch verantwortungsvoll damit umgehen. Freiheit und Verantwortung sind immer die beiden Seiten einer Medaille. So ist auch hier. Mehr Freiheit für die Kommunen bei Ihren Entscheidungen bedeutet noch lange nicht, dass sie davon auch Gebrauch machen müssen. Es ist Sache der gewählten Mandatsträger sorgsam damit umzugehen.

Ähnlich ist es mit dem Ladenschluss. Niemand wird gezwungen seinen Laden zu öffnen. Aber im Grundsatz soll es jeder Ladenbesitzer tun können. Mir hat in einem Wahlkampf ein Ladenbesitzer empört gesagt, dass er ja dann nicht mehr wisse, wann er den Laden öffnen soll. Vielleicht sollte er mal seine Kunden fragen.

Es ist schon erstaunlich, wie die staatliche Bevormundung selbst denen die Kraft für die eigene Verantwortung raubt, von denen am meisten Eigeninitiative gefragt ist. Das Sterben der sogenannten Tante-Emma-Läden hat sicher auch etwas mit mangelnder unternehmerischer Initiative zu tun. Die Läden gibt es wieder. Sie werden oft von Familien ausländischer Herkunft betrieben, die mit Engagement ihren Laden vorantreiben. Sie bringen häufig aus anderen Ländern eine liberale Auffassung zum Ladenschluss mit. Viele Bundesbürger kennen offene Läden nur aus dem Urlaub. Es wird Zeit, dass wir uns bewegen.

Ich freue mich, dass mit Kurt Sieber und Wolf-Dietrich Großer zwei rastlose Liberale mit der Thomas-Dehler-Nadel geehrt werden. Die Thomas-Dehler-Nadel wird gemeinsam von der Thomas-Dehler-Stiftung und der VLK in Bayern verliehen. Wir haben uns entschieden diese Ehrung neu zu schaffen. Zwei liberale Organisationen arbeiten hier Hand in Hand. Wir wollen damit liberales Engagement vor Ort öffentlich ehren und präsentieren. Liberale sind stark vor Ort und sollen noch stärker werden.



Ulrich Bode, Vorsitzender der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Bayern

Ich möchte Sie alle einladen sich bei der nächsten Kommunalwahl zur Wahl zu stellen. Treten Sie an! Es bestehen gute Chancen, dass wir Ende 2008 mit doppelt so vielen Liberalen in den Gemeinderäten, Stadträten, Kreistagen und Bezirkstagen vertreten sind.

Mehr Liberale sorgen für mehr Freiheit in den Kommunalparlamenten.

Ihr

Ulrich Bode

## Mitgliederversammlung befreit die Sparkassen

Die Diskussion über die Zukunft der Sparkassen ist auch eine Diskussion über die Befugnisshoheit von Kommunen. Die Mitgliederversammlung der VLK hat am 23.9.2006 über die Privatisierungsmöglichkeiten der Sparkassen einen Beschluss gefasst.

### LFA Wirtschaft

Anton Sommer forderte für den FDP-Landesfachausschuss Wirtschaft die Privatisierung der Sparkassen. Privatisierung heiße aber nicht automatisch verkaufen. Es gehe zunächst um die Neugestaltung der Organisation (GmbH, AG).

Klaus Breil betonte, dass es zunächst um die Rechtsform gehe. Die Kommune solle Entscheidungsfreiheit erhalten.

### Sparkassen sind wichtig

Kurt Sieber wandte sich gegen eine Änderung. Der öffentlich-rechtliche Auftrag der Sparkassen, dezentral organisiert, sei wichtig. 75% der Deutschen wollen diese Struktur erhalten wissen. Die Hälfte aller Existenzgründer wird z.B. von den Sparkassen finanziert.

### Freiheit oder nicht?

Horst Meierhofer wies darauf hin, dass die Entscheidungsmöglichkeit

nicht automatisch eine entsprechende Entscheidung zur Folge habe. Die Münchner Stadträtin Gabriele Neff verglich das mit dem Ladenschluss. Großzügigere gesetzliche Öffnungszeiten würden die Ladenbesitzer nicht zwingen den Laden länger zu öffnen.

### Kommune hat Risiken

Dr. Michael Mattar wies ebenfalls darauf hin, dass die Rechtsform den Kommunen freigestellt sein soll. Sie sollen nur darüber entscheiden können. Die Stadt Mannheim müsse einen dreistelligen Millionenbetrag zahlen, weil ihre Sparkasse pleite ist. Der Staat müsse für den Wettbewerb sorgen, der Markt für den Rest.

### Kontrolle

Ulrich Bode informierte über den bereits hohen Konzentrationsprozess bei den Sparkassen. In Bayern gab es 1972 noch 285 Sparkassen, 2000 nur noch 92. Die Kreissparkasse Cochem-Zell sei vor einigen Jahren bankrott gegangen, des-

halb sei es wichtig gewesen, dass die Gewährträgerhaftung weggefallen ist. Die Hamburger Sparkasse sei eine sehr alte private Gründung und sei bis heute privat. Die private Sparkasse könne folglich genauso gut funktionieren, wie die öffentlich-rechtlichen.

### Antrag

Der Antrag lautete schließlich:

Die Eigentümer einer Sparkasse sollen frei entscheiden können, in welcher Rechtsform und Eigentümerstruktur das Institut geführt wird. Die Gesetzeslage muss entsprechend geändert werden.

Bei 2 Gegenstimmen wurde der Antrag so beschlossen.

Damit fordert die VLK die freie Entscheidungsmöglichkeit der Kommune. Die VLK fordert aber explizit keine Privatisierung von Sparkassen. Das ist dann eine Einzelfallentscheidung der jeweiligen Kommune und ihrer Mandatsträger. ■

## Immobilien und Kommune

Die Immobilienkosten steigen in Ballungsräumen wie München, während in manchen Regionen Deutschlands die Preise sehr niedrig sind. Ziel der FDP ist es, dass die Nebenkosten sich nicht zur „2. Miete“ entwickeln und möglichst viele Bürgerinnen und Bürger eine Chance auf Immobilieneigentum erhalten.

Die Mitgliederversammlung hat die wichtigsten Rahmenbedingungen zusammengetragen.

### Die Immobilien der Kommune

Die Meinungsbildung geht von „die Kommune soll alles veräußern“ bis zu „die Gemeinde soll für Obdachlose und sozial Schwache Wohnraum vorhalten“. Ausgenommen sind in jedem Fall die betriebsnotwendigen Immobilien wie z.B. das Rathaus. Eine Arbeitsgruppe der Münchner FDP beschäftigt sich bereits mit dem Thema.

Problematisch ist, dass kommunaler Besitz kaum mehr dem Einfluss der Gremien unterworfen ist. Mehr Transparenz ist erforderlich.

### Baulandbereitstellung

In der Region München ist weiteres Bauland nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

In der Bauleitplanung kann eine Kommune zusätzliches Angebot schaffen.

Einheimischenmodelle sind eine Möglichkeit der Einflussnahme. Allerdings ist die konkrete Ausgestaltung heikel und kann auch zu Misserfolgen führen.

### Baurechte

Das öffentliche Baurecht gliedert sich in Bauordnungsrecht, Bauplanungsrecht, Baunebenrecht und Bauberufsrecht:

- Das Bauplanungsrecht regelt die planerischen Voraussetzungen für die Bebauung eines Grundstücks (Bebauungsplan).
- Das Bauordnungsrecht regelt die Ausführung von Bauten und bestimmt die Anforderungen an das Objekt.
- Die Baunebenrechte umfassen u.a. Denkmalschutzrecht, Bodenschutz- und Altlastenrecht, Straßen- und Wasserrecht und Naturschutzrecht.
- Das Bauberufsrecht umfasst die Zulassung von Architekten und Ingenieuren sowie die Architektenkammern.

Die Bauordnung und Baunebenrechte müssen immer zwischen öffentlichen Erfordernissen und dem Gestaltungsspielraum des Eigentümers abgewogen werden.

Die Bauplanungsrechte sollen zeitlich flexibel in den Bebauungsplänen festgelegt werden können,

wenn eine Nutzung nur vorübergehend ist. Beispiele dafür sind Gartenschauen oder Abbau von Bodenschätzen.

### Kosten

Zu den Kosten neben dem Preis für Grund und Gebäude gehören:

- Energiekosten
- Anliegerbeiträge
- Grundsteuer
- Wasser
- Abwasser
- Straßenreinigung
- Müllabfuhr

Ziel muss es sein durch Wettbewerb die Kosten zu senken. Dies setzt allerdings voraus, dass Wettbewerb organisiert werden kann. Bei der Wasserversorgung ist das z.B. so gut wie nicht möglich. Ein Ersatz des kommunalen Monopols durch ein privates Monopol verbietet sich in der Regel.

### Weitere Diskussion

Die Mitglieder sind eingeladen sich an der weiteren Diskussion zu beteiligen. ■

## Ladenschluss in Bayern freigeben – Liberale schicken Huber fertigen Gesetzesentwurf

Designierter FDP-Generalsekretär Martin Zeil startet Initiative.

Seit Anfang September liegt die Gesetzgebungskompetenz für den Ladenschluss bei den Ländern. Die bayerische FDP drückt deshalb aufs Tempo: so schickte der designierte FDP-Generalsekretär und Bundestagsabgeordnete für München-Land, Martin Zeil, Wirtschaftsminister Huber (CSU) bereits Anfang September einen ausgearbeiteten Gesetzesentwurf. Der Entwurf, den die Landespolitische Arbeitsgemeinschaft der Liberalen entwickelt hat, sieht eine völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten von Montag bis einschließlich Samstag vor. Über Sonn- und Feiertagsöffnungen sollen die Kommunen selbst entscheiden dürfen.

„Die meisten anderen Bundesländer haben bereits eigene Ladenöffnungsgesetze erstellt“, so Wirtschaftsexperte Zeil, „aber die Staatsregierung trödelt herum. Deshalb macht die bayerische FDP Druck und legt Herrn Huber einen fertig ausgearbeiteten Gesetzesentwurf vor. Wir brauchen mehr Freiheit in der Wirtschaftspolitik.“

Die Freigabe der Ladenöffnungszeiten soll insbesondere den kleinen und mittelgroßen Einzelhändlern die Chance geben, sich gegenüber

den großen Märkten auf der „grünen Wiese“ zu behaupten. Wörtlich heißt es im Schreiben: „Geänderte Arbeitsstrukturen, flexiblere Arbeitszeiten und eine wachsende Mobilität haben auch bei Verbrauchern zu veränderten Lebensbedingungen geführt, denen die auf das Jahr 1956 zurückgehenden Vorschriften nicht mehr gerecht werden.“

Vorteile sieht der 50-jährige Zeil auch für die Familien: „Den berufstätigen Paaren wird das Einkaufen erleichtert, ohne auf einen überfüllten Familieneinkaufssamstag ausweichen zu müssen. Das Recht des Verkaufspersonals zur individuellen Familiengestaltung ist weiterhin durch die Arbeitsschutzgesetze gewährleistet.“

Was die Öffnung an Sonn- und Feiertagen betrifft, so soll die Entscheidung darüber den Gemeinden und kreisfreien Städten übertragen werden. „Diese“, so der langjährige Kommunalpolitiker aus Gaubing weiter, „wissen am besten, ob und welche Öffnungszeiten an solchen Tagen erforderlich sind. Auch regionale Besonderheiten können so besser berücksichtigt werden, als mit einer starren Regelung aus



Martin Zeil, MdB

München.“

Dass die CSU-Landtagsfraktion Anfang November jede Veränderung bei Stimmengleichheit abgelehnt hat, ist ein Armutszeugnis. Vor allem Ministerpräsident Stoiber hatte im Rahmen der Föderalismusreform mehr Kompetenzen der Bundesländer gefordert. Zeil: „Jetzt hat der Landtag die Kompetenz für den Ladenschluss und die CSU ist nicht in der Lage, überhaupt eine Entscheidung zu treffen. Landespolitische Handlungsfähigkeit sieht anders aus.“ ■

### Links

[www.fdp-bayern.de](http://www.fdp-bayern.de)

[www.martin-zeil.de](http://www.martin-zeil.de)

## Highlights aus dem Gesetzentwurf

§ 3

### **Allgemeine Ladenöffnungszeiten**

Verkaufsstellen dürfen an allen Tagen von 0 bis 24 Uhr geöffnet sein; Ausnahmen sind in den §§ 4 und 5 bestimmt.

§ 4

### **Ladenschlusszeiten**

(1) Verkaufsstellen müssen an Sonn- und Feiertagen und am 24. Dezember ab 14 Uhr für den geschäftlichen Verkehr mit den Kunden geschlossen sein.

(2) Die Gemeinden und kreisfreien Städte können durch Satzung bestimmen, dass und unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen abweichend von den Vorschriften des Absatzes 1 Verkaufsstellen an Sonn- und Feiertagen geöffnet sein dürfen. Die Öffnungszeiten können auf bestimmte Sonn- und Feiertage, Ortsteile, Handelszweige und Arten von Verkaufsstellen beschränkt werden. Der Zeitraum, während dessen die Verkaufsstellen geöffnet sein dürfen, ist anzugeben.

§ 6

### **Besonderer Schutz der Arbeitnehmer**

(1) In Verkaufsstellen dürfen Arbeitnehmer an jährlich höchstens 20 Sonn- und Feiertagen nur während der zugelassenen Öffnungszeiten und, falls dies zur Erledigung von Vorbereitungs- und Abschlussarbeiten unerlässlich ist, während insgesamt weiterer 30 Minuten beschäftigt werden.

(2) Die Dauer der Beschäftigungszeit des einzelnen Arbeitnehmers an Sonn- und Feiertagen darf acht Stunden nicht überschreiten.

§ 7

### **Marktverkehr**

(1) Die Vorschriften der §§ 3 bis 5 gelten entsprechend auch für behördlich genehmigte Volksfeste, Messen, Ausstellungen und Märkte.

### **Links**

Den FDP-Gesetzesentwurf für eine Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen in Bayern finden Sie unter:

[http://www.metatag.de/webs/fdp/bayern/files/downloads/pdf/Dokumente\\_Landes-FDP/09-14\\_GE\\_Ladenoeffnung\\_Bayern.pdf](http://www.metatag.de/webs/fdp/bayern/files/downloads/pdf/Dokumente_Landes-FDP/09-14_GE_Ladenoeffnung_Bayern.pdf)

Den Brief des designierten FDP-Generalsekretärs Martin ZEIL an Staatsminister HUBER finden Sie unter:

[http://www.metatag.de/webs/fdp/bayern/files/downloads/pdf/Dokumente\\_Landes-FDP/09-14\\_BriefHuber-Ladenschluss.pdf](http://www.metatag.de/webs/fdp/bayern/files/downloads/pdf/Dokumente_Landes-FDP/09-14_BriefHuber-Ladenschluss.pdf)

Eine gute Übersicht bietet auch <http://de.wikipedia.org/wiki/Ladenschlussgesetz>

## Breitbandzugang/DSL

# Anschluß Bernried am Starnberger See

Klaus Breil schreibt Staatsminister Erwin Huber

Sehr geehrter Herr Minister Huber, zunächst einmal möchte ich Ihnen im Namen der Familie Reinholz für Ihren Besuch und Ihre Worte im Autohaus/Tankstelle Reinholz am 1. September in Straubing recht herzlich danken. Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie den Dank auch an Herrn Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Herrn Staatsminister Miller übermitteln würden.

Am Rande des Besuchs hatte ich Sie kurz auf ein Standort-Problem meiner Heimatgemeinde Bernried am Starnberger See angesprochen und dieses Schreiben angekündigt.

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, hat Bernried in den letzten zehn Jahren sehr erfolgreiche Gewerbesiedlungen in hoch modernen kräftig wachsenden Wirtschaftszweigen mit ca. 300 neuen Arbeitsplätzen durch aktive Standortpolitik zu verzeichnen. Im Bereich Biotechnologie ist Bernried auch im Cluster München Südwest aufgeführt.

Für diese Betriebe im Besonderen, aber auch für alle anderen Gewerbetreibenden ist der Zugang zu

Breitband-Kommunikation und die Möglichkeit zum Anschluss an das DSL-Netz eine immer unverzichtbarer werdende Voraussetzung für die Beibehaltung des Standorts.

Die Entwicklung ist so rasant fortgeschritten, dass immer häufiger z. B. auch eine leistungsfähige Versicherungsagentur oder eine hochqualifizierte Arztpraxis nicht mehr ohne Breitbandzugang arbeiten und als zukunftsfähig angesehen werden kann.

Aus all diesen Gründen ist Breitband/DSL – Zugang auch und gerade für kleinere Gemeinden etwas außerhalb der Ballungsräume dringend notwendig.

Die Gemeinde Bernried unter Bürgermeister Josef Steigenberger hat alle möglichen Schritte unternommen und Verfahren geprüft, wie der Zugang zu vertretbaren Konditionen hergestellt werden kann.

Die Deutsche Telekom AG zeigt sich m. E. nicht kooperativ.

Es gibt bisher keine Zusage über die Anschließung der Gemeinde.

Allerdings gibt es bereits erste gravierende Nachteile für Unternehmen, die schon Geschäftsabschlüsse verhindert haben.

Es dürfte wohl nur eine Frage der Zeit sein, bis Abwanderungen von Firmen drohen mit allen Konsequenzen für Arbeitsplätze und das Steueraufkommen. Dramatischerweise steht in solchen Fällen oftmals auch die Verlagerung in ganz andere Regionen zur Wahl.

Die von der Deutsche Telekom AG geforderten Bedingungen sind außerordentlich hart. Es wird ein einmaliger Betrag von 65.000 Euro€ verlangt. Alternativ werden innerhalb eines Jahres 410 DSL-Kunden erwartet. Die Deutsche Telekom AG geht dabei davon aus, dass bei 1100 Telefon-Festnetz-Anschlüssen „nur“ 300 DSL-Anschlüsse erwartet werden können. In diesem Modell würden dann von der Gemeinde 580 für jeden bis zur Zahl von 410 fehlenden Anschluß an die Deutsche Telekom AG gezahlt werden müssen.

Ich halte dies für eine unangemessene Zumutung, denn der Deutsche Telekom AG dürfte mit Sicherheit bekannt sein, wie schwierig es für eine Gemeinde ist, auch bei reichlich vorhandenen Mitteln diese Beträge zu verantworten, selbst wenn ein persönliches finanzielles Engagement der Bürger dazu käme. Übrigens besteht dazu in

Bernried viel Bereitschaft – auch bei mir.

Sehr geehrter Herr Staatsminister Huber, ich möchte Sie so dringend wie herzlich bitten, eine Lösung für Bernried und die vielen anderen Gemeinden in Bayern außerhalb der Ballungsräume zu erarbeiten. Nach jüngsten Erhebungen sollen das 40 % der Gemeinden sein.

Sie haben sicherlich ganz andere Möglichkeiten der Verhandlungsführung vor allem auch auf Vorstandsebene mit der Deutsche Telekom AG.

Man muß es ja schon als zynisch

empfinden, dass an Bernried angrenzend im Norden bis Tutzing und im Süden bis Seeshaupt in jeweils ca. fünf Kilometer Entfernung noch DSL-Zugang angeboten wird.

Vielleicht ist es ja nützlich, wenn man die Deutsche Telekom AG auf die Bedingungen in Indien auch in ländlichen Regionen hinweist. Dies wurde erst kürzlich in einem Beitrag des New York Times Kolumnisten Thomas Friedman in der Montagsbeilage der Süddeutsche Zeitung beschrieben.

Denn die dort gegebenen Bedingungen machen es erst möglich,

dass die vielen Firmen auch aus Deutschland Geschäftsbereiche verlagern. Es belastet letztlich auch die geschäftlichen Perspektiven der Deutsche Telekom AG.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mich über evtl. Schritte Ihres Hauses auf dem Laufenden halten würden.

Mit freundlichen Grüßen  
Klaus Breil

#### Links

[www.bernried.de](http://www.bernried.de)

[www.klaus-breil.de](http://www.klaus-breil.de)

## Steuerliche Gleichbehandlung aller Abwasserentsorger

Die Kritiker schießen scharf gegen den Antrag der FDP-Bundestagsfraktion.

Öffentlich-rechtliche Abwasserentsorger sind derzeit weitreichend steuerbefreit, sie unterliegen vor allem nicht der Gewerbe-, Körperschaft- und Umsatzsteuerpflicht. Privatrechtliche Kapitalgesellschaften haben diese Steuern zu entrichten, was zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Die FDP hat im Bundestag beantragt, private und öffentlich-rechtliche Abwasserentsorger in Zukunft steuerlich gleich zu behandeln. Dies würde bedeuten, dass auch öffentlich-

rechtliche Abwasserentsorger in Zukunft den vollen Umsatzsteuersatz zahlen und dem privaten Kunden als Mehrwertsteuer auf die Rechnung setzen müssen. Die Kritiker schießen scharf: „Die FDP will, dass die Steuerbelastung für die Haushalte noch höher wird, die Abwassergebühren werden steigen.“ Stimmt das?

Nein, sagt die Fraktion. Betreibermodelle, die mit der Mehrwertsteuer belastet sind, verlangen

vom Bürger tendenziell weniger Geld als öffentliche Entsorger. Die Abwassergebühren in Deutschland sind im europäischen Vergleich besonders hoch. Offenbar kommt der Kostenvorteil öffentlicher Betreiber nicht bei den Bürgern an. Es fehlt am Wettbewerb. Dafür will die FDP eine faire Grundlage schaffen. ■

#### Link

[www.fdp-fraktion.de](http://www.fdp-fraktion.de)

## Fürth trauert um Kurt Scherzer

Der Altoberbürgermeister ist im Alter von 86 Jahren verstorben.  
Die Stadt Fürth würdigt Kurt Scherzer mit diesem Nachruf.

Am 1. November 2006 ist Altoberbürgermeister Kurt Scherzer verstorben. Die Stadt Fürth verliert eine herausragende Persönlichkeit des vergangenen Jahrhunderts.

Kurt Scherzer trat 1950 als Vertreter des Wohnungsreferenten seinen Dienst bei der Stadt Fürth an. Zwei Jahre später leitete er als Stadtrechtsrat das Sozialreferat. Im August 1953 wurde er zum Wirtschaftsreferenten gewählt, wobei ihm zusätzlich noch das Rechtswesen und die Liegenschaften der Stadt unterstellt waren. Von 1964 bis 1984 bekleidete er das Amt des Oberbürgermeisters.

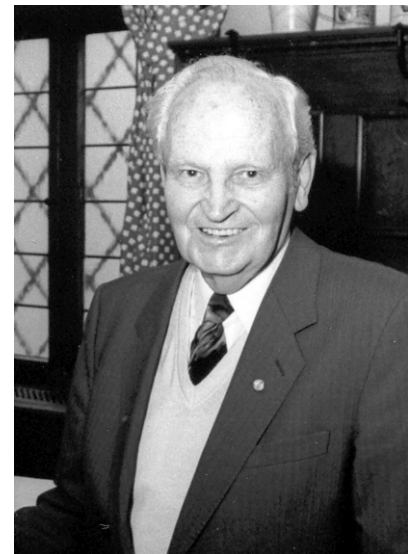
Bis heute gilt Kurt Scherzer bei den Fürther Bürgerinnen und Bürgern nicht nur als einer der erfolgreichsten, sondern auch als einer der beliebtesten Oberbürgermeister. Das zeigten nicht zuletzt die Verehrung und der begeisterte Applaus, der ihm bei allen Veranstaltungen, an denen er teilgenommen hat, entgegengebracht wurde. Zuletzt beim Erntedankfestzug in diesem Jahr.

Der FDP-Politiker Kurt Scherzer stand in einer Zeit an der Stadtpitze, in der schwierige, verantwortungsvolle und auch risikoreiche

Entscheidungen getroffen werden mussten. Eine Epoche, die von einer Bau- und Investitionstätigkeit geprägt war, wie keine andere Zeitspanne zuvor. Darunter fielen zum Beispiel Jahrhundertbauwerke wie der Rhein-Main-Donau-Kanal oder die U-Bahn, die Altstadtsanierung, die Eröffnung der Fußgängerzone, der Bau der Stadthalle und des City-Centers sowie ganz enorme Fortschritte im Schulhaus- und Turnhallenbau oder der Krankenhaussanierung.

Dass Fürth in dieser Epoche eine sehr positive Entwicklung genommen hat und noch heute von dem, was damals geschaffen wurde, profitiert, ist in hohem Maße Kurt Scherzer zu verdanken. Vom ersten bis zum letzten Tag seiner insgesamt 34-jährigen Dienstzeit setzte er sich mit all seinen Kräften für seine Heimatstadt ein. Die Fürther Bürgerinnen und Bürger haben es ihm bei den Wiederwahlen mit herausragenden Ergebnissen und mit großem Respekt vor seinen Leistungen gedankt.

1972 erhielt er mit 95,3 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis einer Oberbürgermeisterwahl in Fürth. Er hatte damit faktisch das Ziel erreicht, das ihm am meisten



Kurt Scherzer 1995 in Fürth anlässlich seines 75. Geburtstages und der Ehrung mit der VLK-Ehrennadel.

am Herzen lag: Oberbürgermeister aller Fürtherinnen und Fürther zu sein.

Als überzeugter und vorbildlicher Demokrat trat Kurt Scherzer stets für die kommunale Selbstverwaltung ein. Er nahm zahlreiche verantwortungsvolle Aufgaben in regional und überregional bedeutenden Einrichtungen und Institutionen wahr. Ob im Bayerischen oder Deutschen Städtetag, im Bezirkstag, bei der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden Europas oder als Verwaltungsratsmitglied der Bundesanstalt für Arbeit - um nur wenige Beispiele zu nennen - die Mitarbeit des Fürther OB Kurt

Scherzer in leitender Position war immer gefragt und willkommen. Das brachte ihm Dankbarkeit, Respekt und große Anerkennung ein, die in Fürth, der Region und weit über die Grenzen Mittelfrankens hinaus empfunden und durch zahlreiche Ehrungen zum Ausdruck gebracht wurde. Dazu gehörten das Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, die Bayerische Verdienstmedaille und die Goldene Bürgermedaille der Stadt Fürth im Jahr 1984.

Als Oberbürgermeister hat sich

Kurt Scherzer stets durch seine enorme Integrationskraft ausgezeichnet. Sie ermöglichte es ihm zwischen den Parteien zu vermitteln und eine Brückenfunktion zwischen den politischen Kräften einzunehmen. Dabei behielt er immer das Wesentliche im Blick und stellte es über Einzelinteressen.

Sein politisches Wirken war durch große Tatkraft, beharrliches Drängen, aber auch durch die Liebe zu seiner Geburtsstadt und zu den Fürtherinnen und Fürthern geprägt. 1984 verabschiedete er sich als dienstältester Oberbürgermeis-

ter einer kreisfreien bundesdeutschen Stadt in den Ruhestand.

Mit Kurt Scherzer verliert die Stadt Fürth eine große Persönlichkeit ihrer Geschichte. Wie kaum einem anderen brachten ihm die Menschen bis zuletzt Anerkennung, Respekt und Zuneigung entgegen. Die Stadt Fürth, die Fürther Bürgerinnen und Bürger, werden seiner gedenken, in tiefer Trauer und großer Dankbarkeit. ■

**Link**  
[www.fuerth.de](http://www.fuerth.de)

## Fürther FDP und VLK gedenkt einem großen Liberalen

Der Kreisverband Fürth und der Ortsverband Fürth Stadt verlieren eine historische Persönlichkeit, die VLK ein bedeutendes Gründungsmitglied.

Kurt Scherzer war Gründungsmitglied der VLK und wirkte viele Jahre als Mitglied des VLK-Vorstandes. Im Mai 1995, zu seinem 75. Geburtstag, wurde er mit der Ehrennadel der VLK in Gold ausgezeichnet.

Er war von 1964 bis 1984 Oberbürgermeister der Stadt Fürth und war damit der Bürgermeister mit der längsten Amtszeit und mit über 95,3% (1972) auch mit dem besten Wahlergebnis.

In die Amtszeit von Kurt Scherzer als Oberbürgermeister fielen die Entscheidungen zum Bau des Europa-Kanals, der Bau der U-Bahn, die Altstadtsanierung, die Eröffnung der Fußgängerzone, der Bau der Stadthalle und des City-Centers in Fürth, sowie der Erwerb des Schloß Burgfarrnbach durch die Stadt.

Mit Kurt Scherzer verlieren die Liberalen nicht nur einen herausragenden Politiker, sondern auch einen langjährigen Rat- und Ide-

engeber, der trotz seines hohen Alters und schwerer Krankheit immer wieder Impulse für die liberale Politik der Gegenwart gab.

Unsere Teilnahme gilt vor allem seiner Frau und der Familie die mit Kurt Scherzer einen Ehemann und Vater verlieren. ■

**Links**  
[www.fdp-fuerth.de](http://www.fdp-fuerth.de)  
[www.fdp-mittelfranken.de](http://www.fdp-mittelfranken.de)

## Mehr Transparenz in kommunalen Firmen

Judith Albert und Klaus Breil berichten von einem Rechtsstreit, der für eine Stärkung des Rechts auf Information sorgen könnte.

Das Landgericht München hat ein Urteil gefällt, laut dem sich kommunale Beteiligungsgesellschaften – häufig in der Rechtsform einer GmbH – nicht länger der Kontrolle der zuständigen kommunalen Selbstverwaltungskörperschaft (Stadtrat, Gemeinderat, Kreistag, Bezirkstag) sowie auch der Auskünfte zur Berichterstattung in den Medien entziehen können.

### Rechtsstreit mit der Olympiapark GmbH

In einem Rechtsstreit eines Journalisten des Bayerischen Rundfunks mit der Olympiapark GmbH, die der Stadt München gehört und Aufgaben der Stadt für ihre Bürger wahrnimmt, wurde bereits in zweiter Instanz entschieden, dass die verlangten Auskünfte nicht mit dem Hinweis darauf verweigert werden können, dass die unbefugte Offenbarung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen strafbar sei.

In der Urteilsbegründung nehmen die Richter auch Bezug auf ein Urteil des Bundesgerichtshofes vom 10. Februar 2005, dass beim

Einsatz von Steuergeldern zur Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Hand ein Informationsbedürfnis seitens der Öffentlichkeit besteht. Genauso gravierend dürfte die Feststellung der Richter sein, dass sich ein Hoheitsträger seiner öffentlich-rechtlichen Bindung nicht dadurch entziehen könne, indem er Teilbereiche seiner hoheitlichen Tätigkeiten in privatrechtlich organisierte Gesellschaften auslagert.

### Presse befugt Auskünfte zu erhalten

Im konkreten Fall wird besonders darauf verwiesen, dass derjenige befugt ist, Auskünfte zu erhalten, der einen bestehenden presserechtlichen Anspruch erfüllt. Ein solcher Anspruch gilt u. E. natürlich genauso für die Mandatsträger in den kommunalen Selbstverwaltungsorganen und die an der politischen Willensbildung beteiligten und dazu gesetzlich aufgeforderten politischen Parteien.

Die Bayerische FDP fordert bereits seit langem mehr Transparenz in kommunalen Unternehmen, unab-

hängig von ihrer Rechtsform. Der Vorstand der Bundes-VLK arbeitet zusammen mit Mitgliedern der Bundestagsfraktion an Vorschlägen, durch Veränderungen des Gesellschaftsrechts (GmbH-Gesetz, Aktienrecht) die rechtlichen Grundlagen für die Transparenz zu schaffen. Dieses Urteil kommt somit zum richtigen Zeitpunkt und wird die Bemühungen kräftig unterstützen.

### Revision angekündigt

Die Olympiapark GmbH hat nun Revision zum Bundesgerichtshof angekündigt. Trotzdem und gerade deshalb raten wir Ihnen, in Ihren Kommunen konkrete und sachlich begründete Auskünfte einzuholen. Sie beweisen dadurch Verantwortung, Kompetenz und treffen das Informationsbedürfnis vieler Bürgerinnen und Bürger. ■

### Links

[www.fdp.de](http://www.fdp.de)

[www.fdp-bayern.de](http://www.fdp-bayern.de)

[www.br-online.de](http://www.br-online.de)

[www.olympiapark-muenchen.de](http://www.olympiapark-muenchen.de)

## Sanierungsfall Hartz IV

FDP Aktion mit liberale Perspektiven für mehr Arbeit.

Am 28.10.2006 führte die bayrische FDP einen Aktionstag zum Thema Hartz IV durch. Der Bundestagsabgeordnete Jörg Rohde organisierte diesen Aktionstag um liberale Perspektiven für mehr Arbeit aufzuzeigen.

Im Kern fordert die FDP, dass die zentralistische Arbeitsagentur aufgelöst wird und die Vermittlung durch die Kommunen übernommen wird. Auch sollen private Agenturen zu den staatlichen gleichberechtigt sein. ■

### Links

[www.fdp-bayern.de](http://www.fdp-bayern.de)

[www.joerg-rohde.com](http://www.joerg-rohde.com)

### Die FDP tritt ein für...

- ... die Arbeitsvermittlung durch die Kommunen, denn keiner kennt Sie und den Arbeitsmarkt bei Ihnen vor Ort besser;
- ... die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit in ihrer jetzigen Form;
- ... die Gründung einer leistungs- und kundenorientierten Versicherungsagentur;
- ... die Einrichtung einer effektiven Arbeitsmarktagentur für überregionale und internationale Aufgaben;
- ... die Gleichberechtigung privater und staatlicher Arbeitsvermittler;
- ... die Verbesserung der Zuverdienstmöglichkeiten;
- ... den Schutz persönlicher Daten von Leistungsempfängern;
- ... die Verhinderung von Leistungsmissbrauch, z.B. durch Telefonbefragungen;
- ... die Schaffung von Arbeitsplätzen die Entlastung des Mittelstands bei Lohnzusatzkosten und Bürokratie.

## Theo Zellner stinksauer

Präsident des Bayerischen Landkreistags zeigt sich verärgert über die neuen Oberkontrollen der Bundesagentur für Arbeit.

Mit einer einseitigen Geschäftsanweisung hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) 448 neue Planstellen geschaffen. Dieses neue Personal der BA soll die Arbeitsgemeinschaften (ARGEn), die von den Arbeitsagenturen vor Ort zusammen mit den Kommunen zur Betreuung von Langzeitarbeitslosen gebildet werden, besser kontrollieren.

Da hat die Bundesagentur offenbar immer noch nicht verstanden, dass es bei dieser Zusammenarbeit um ein partnerschaftliches Miteinander geht. Mit dem neuem Personal, dass zu allem Überfluss noch aus den Mitteln finanziert wird, die eigentlich den ARGEn als Ganzes für ihrer Arbeit zusteht, sollen die ARGEn wieder an den zentralen Zügel

genommen werden. Entsprechend erbost war der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Theo Zellner. Allein hat weder er noch die Kommunen eine Handhabe gegen diesen „Staatsstreich“. ■

### Links

[www.bay-landkreistag.de](http://www.bay-landkreistag.de)

[www.arbeitsagentur.de](http://www.arbeitsagentur.de)

# Kein erfolgreiches E-Government ohne Verwaltungsinformatik

Die Gesellschaft für Informatik als deutsche Fachorganisation für Informatik, fordert den Ausbau der Verwaltungsinformatik.

Mit großer Sorge beobachtet die Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) in einer Pressemitteilung den Abbau der Verwaltungsinformatik in Deutschland. Trotz zukünftiger Herausforderungen bei der Umsetzung von öffentlichen Groß-

## FDP lädt zum E-Democracy-Kongress ein

Am 24.11.2006 veranstaltet die FDP in Berlin einen Kongress über die neuen Medien und ihre Möglichkeiten für mehr Bürgerbeteiligung. Neben der rechtlichen Gestaltung von Internet-Wahlen und Public-Private-Partnership für E-Government beschäftigt sich der Kongress auch mit E-Government für Kommunen als Instrument für mehr Bürgernähe.

Informationen und Anmeldung:  
<http://www.fdp-buergerfonds.de/plog/post/3/136>

projekten wie der Einführung der Gesundheitskarte oder Ausweispapieren mit biometrischen Merkmalen werde das wissenschaftliche Fachgebiet der Verwaltungsinformatik an den Hochschulen zunehmend vernachlässigt.

## Verwaltungsinformatik schafft Effizienz

„Zur Steigerung der Effizienz unserer öffentlichen Verwaltungen haben Fachleute aus der Verwaltungsinformatik in der Vergangenheit Pionierarbeit geleistet“, sagte GI-Präsident Matthias Jarke. Es sei deshalb äußerst bedauerlich, dass zunehmend Verwaltungsinformatiklehrstühle abgebaut oder umgewidmet würden. „Großprojekte bedürfen, um erfolgreich zu sein, immer der wissenschaftlichen Begleitforschung, reine Anwendungsorientierung reicht hier häufig nicht aus“, sagte Jarke.

## In Deutschland fehlen die Kaderschmieden

Die Verwaltungsinformatik könne hier bereits im Vorfeld die Interessensituation der Auftraggeberseite präzisieren, mögliche technische Probleme benennen und eine kundengerechte Umsetzung der Projekte ermöglichen. Mindestens ebenso wichtig sei allerdings die Verbesserung des Informatikverständnisses bei den Führungskräften der öffentlichen Verwaltung selbst. Im Ausland gebe es zu

diesem Zweck hoch angesehene Kaderschmieden; in Deutschland werde die Bedeutung von Verwaltungswissenschaft und Verwaltungsinformatik in der Führungsausbildung unterschätzt. Deshalb fordere die GI, die Verwaltungsinformatik an deutschen Hochschulen auszubauen. ■

## Links

[www.gi-ev.de](http://www.gi-ev.de)

[www.fhvr-aiv.de](http://www.fhvr-aiv.de)

[www.bfh-zv.bayern.de](http://www.bfh-zv.bayern.de)

[www.ftvi.de](http://www.ftvi.de)

[www.verwaltungsinformatiker.de](http://www.verwaltungsinformatiker.de)

Die **Gesellschaft für Informatik** e.V. (GI) ist eine gemeinnützige Fachgesellschaft zur Förderung der Informatik in all ihren Aspekten und Belangen. Geegründet im Jahr 1969 ist die GI mit ihren heute rund 24.500 Mitgliedern die größte Vertretung von Informatikerinnen und Informatikern im deutschsprachigen Raum. Die Mitglieder der GI kommen aus Wissenschaft, Wirtschaft, Lehre und Forschung.

## Gemeinde contra Fischereiverband

Horst Meierhofer, MdB, zur Änderung des bayerischen Fischereigesetzes.

Im Zuge des am 4. April 2002 neu in Kraft getretenen Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) soll nun auch das bayerische Fischereigesetz (FiG) geändert werden.

Diesbezüglich liegt ein Gesetzesentwurf der Staatsregierung vor. Der Entwurf enthält u.a. eine neue Regelung über die Ausübung von Fischereirechten, wenn die Voraussetzungen für einen selbständigen Fischereibetrieb nicht vorliegen, (Art. 21 FiG). In diesem Fall sollen die Fischereirechte nicht mehr durch die Gemeinden ausgeübt werden, sondern durch den Landesfischereiverband Bayern e.V. (LFIVBayern).

Begründet wird dies damit, dass die Ausübung von Fischereirechten außerhalb des Bereichs der gemeindlichen Aufgaben liegt. Darüber hinaus verwalte der LFIVBayern bereits seit langer Zeit aufgrund eines Geschäftsbesorgungsvertrags eine Vielzahl von Fischereirechten, so dass sich Synergieeffekte ergeben könnten.

Leider ist die Frist für die Verbandsanhörung, in der sich liberale Kommunalpolitiker dieses Problems hätten annehmen können, bereits im Mai 2006 abgelaufen.

### Bewertung

Fraglich ist, ob der neue Art. 21 FiG – wie zum Teil befürchtet – gegen die verfassungsrechtlich geschützte Eigentumsgarantie des Art. 14 Grundgesetz verstößt.

Klärungsbedürftig wäre dabei zum einen die Rolle des LFIVBayern. Der Verband ist laut seiner Satzung selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke oder wirtschaftliche Zwecke seiner Mitglieder. Die Verpachtung der Fischereirechte durch einen privaten Verein könnte also durchaus sinnvoll sein und zur Entbürokratisierung beitragen.

Jedoch haben wir auch Informationen darüber, dass bei Verpachtungen im Rahmen der Ausübung des Fischereirechts durch den LFIVBayern nicht der freie Bieterwettbewerb sondern eine Verpachungskommission aus Mitgliedern des LFIVBayern entscheiden soll, ob ein Pachtangebot angemessen ist oder nicht. Ferner gibt es wohl verwaltungsinterne Vergaberichtlinien des LFIVBayern, wonach die Fischereirechte nur an Fischereivereine, aber nicht an Privatpersonen oder (Gastronomie-)Betriebe verpachtet werden sollen.



Horst Meierhofer, MdB: „Die Rolle des Landesfischereiverbands ist dringend klärungsbedürftig.“

Auch greift m.E. die Gesetzesbegründung zu kurz, wenn es darin heißt, dass die Ausübung von Fischereirechten durch die Gemeinden außerhalb des Bereichs der gemeindlichen Aufgaben liegen. Schließlich wird den Gemeinden die Ausübung der Fischereirechte von der jeweiligen Kreisverwaltungsbehörde übertragen, so dass es sich bei der bisherigen Regelung um eine klassische Tätigkeit im übertragenen Wirkungsbereich der Gemeinde handelt. ■

### Links

[www.lfvbayern.de](http://www.lfvbayern.de)

[www.stmugv.bayern.de](http://www.stmugv.bayern.de)

[www.horst-meierhofer.de](http://www.horst-meierhofer.de)

## Vorschau: DSL

Im nächsten KLIB finden sie eine ausführliche Dokumentation zum Thema Breitband/DSL. Ihre Hinweise und Berichte sind herzlich willkommen.

## Mitglied werden bei der VLK

Sie sind kommunalpolitisch aktiv?  
Oder Sie wollen es werden?

### **Dann sind Sie bei der VLK genau richtig!**

Die VLK ist DIE liberale Vereinigung für Kommunalpolitik.

Die VLK informiert aktuell über das kommunalpolitische Geschehen, macht konkrete Aktionsvorschläge und stärkt den zahlreichen liberalen Einzelkämpfern den Rücken.

Gerade wenn man keine große Fraktion zur Seite hat, braucht man eine Alternative – die VLK!

### **Nur wer einsteigt kann gewinnen!**

Die Jahresmitgliedschaft kostet nur 20 Euro. Gerne schicken wir Ihnen weitere Informationen und den Aufnahmeantrag.

VLK in Bayern e.V.

Petra Ledig

Rindermarkt 6, 80331 München

Tel.: 089/12 60 09-14, Fax: 089/12 60 09-30

E-Mail: ledig@fdp.de

## Geburtstage

Der Vorstand der VLK gratuliert recht herzlich:

### **Zum 60. Geburtstag**

Bernhard Gottbehüt, Stein

### **Zum 70. Geburtstag**

Peter Starkmann, Dittelbrunn

## das rathaus

### **Das Fachorgan der Bundesvereinigung Liberaler Kommunalpolitiker (VLK)**

„das rathaus“ ist die regelmäßige Lektüre wesentlicher Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Kultur sowohl im kommunalen Bereich als auch auf Landes- und Bundesebene.

### **Erscheinungsweise**

Das Rathaus erscheint im 2-Monat-Rhythmus. Jede Ausgabe hat ein Schwerpunktthema.

### **Abonnement-Preis**

EUR 47,24 inkl. Versandkosten (Inland) und MwSt.

### **Kündigungsfrist**

3 Monate zum Jahresende.

Bei Abrechnung über die Geschäftsstelle der VLK Bayern ist das Jahresabonnement „das rathaus“ für VLK-Mitglieder zum Sonderpreis von EUR 31,00 inkl. Versandkosten und MwSt. erhältlich.

[www.beleke.de/verlagsgruppe/ind\\_rathaus.html](http://www.beleke.de/verlagsgruppe/ind_rathaus.html)